

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 10.05.2016

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

SPD

Frau Brandtner

Herr Brücher

Frau Gorsler

Herr Kaufmann

Herr Pieplau

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Frau Jansen

Herr Jung

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Frau Mann

Frau Dr. Ober

Vorsitzende

BfB

Frau Niegel

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgerrente/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

Herr Buschmann

FDP-Fraktion

Frau Huber

Seniorenrat

Stellvertretendes Mitglied

Frau Schellong

CDU-Fraktion

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Herr Feix

Herr Müller
Herr Linnenbürger

Gäste:

Herr Korbmacher
Herr Siegeroth

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für Schule
Stab Dezernat 5

AGW
REGE mbH

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 14. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 05.04.2016

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Verfahrensstand des Seniorenberichts (Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.04.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3159/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf seine früheren Ausführungen und teilt mit, dass in der 2. Jahreshälfte 2016 mit den Arbeiten an dem Bericht begonnen werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1

Wildtiere im Zirkus (Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 29.04.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3176/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die per Mail versandten Unterlagen.

Frau Gorsler begründet den Antrag der Koalitionsfraktionen damit, dass bereits seit längerer Zeit Bielefelder Bürger dieses Anliegen an die politischen Vertreter herantragen würden. In der Bürgerschaft sei ein Umdenken erkennbar, das zu einer sensibleren Haltung beim Tierschutz führe. Die gesetzlichen Grundlagen hätten in Deutschland noch Konkretisierungsbedarf, aber durch eine Änderung bei der Vergabe von öffentlichen Flächen könnten Richtlinien zumindest auf kommunaler Ebene vorgegeben werden.

Herr Weber weist darauf hin, dass der Antrag nachgereicht worden sei und bittet deshalb um eine 1. Lesung. Bei diesem Antrag müssten die wirtschaftlichen Interessen der Zirkusunternehmer und der Tierschutz gegenüber gestellt werden. Mit einer 1. Lesung habe seine Fraktion ausreichend Zeit, sich mit den Interessenlagen auseinander zu setzen.

Auf Nachfrage von Vorsitzende Frau Dr. Ober erhebt keiner Einwände gegen eine 1. Lesung.

1. Lesung -

Zu Punkt 5

Situation der Flüchtlinge in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Hintergründe für die Heranziehungsbescheide, die an Flüchtlinge in Sammelunterkünften versandt worden sind (**Anlage 1**).

Darüber hinaus informiert er über die bisherige Entwicklung der Zuweisungszahlen im Jahr 2016 (**Anlage 2**). Nach neuesten Mitteilungen der Bezirksregierung könne Bielefeld voraussichtlich auch im Mai und Juni mit geringen Zuweisungszahlen rechnen, da zurzeit das Zuweisungssoll erfüllt sei. Die Verwaltung kalkuliere ab Juli mit Zuweisungen von 40 Personen wöchentlich, so dass die vorhandenen Unterbringungskapazitäten mindestens bis Ende August ausreichen würden. Die Sporthallen werden wieder freigegeben und stehen dem Sportbetrieb nach den Sommerferien wieder zur Verfügung. Das Kuks sei noch nicht belegt, ab der 2. Jahreshälfte 2016 werde es aber voraussichtlich für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt.

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass der Krisenstab ab Mai 2016 aufgelöst worden sei, im Bedarfsfall aber jederzeit wieder aktiviert werden könne.

Auf Fragen von Herrn Weber führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass unter Verzicht auf Unterbringungsplätze in der Unterkunft „Schillerstraße“ Küchen eingebaut worden seien. So solle eine höhere Zufriedenheit unter den Bewohnern erzielt und mittelfristig auch Geld gespart werden. Bei welcher Anzahl von landesweiten Zuweisungen wieder eine höhere Zuweisung nach Bielefeld erfolge, könne nicht ermittelt werden.

Frau Dr. Delius teilt mit, dass die Bestrebungen des Landes, die Impfungen und ärztlichen Untersuchungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen durchführen zu lassen, nunmehr mit einem Arzt vor Ort umgesetzt würden. Aufgrund der hohen Anzahl der Flüchtlinge war es lange Zeit nicht umsetzbar. Zwischenzeitlich impfe und untersuche der Arzt in der Erstaufnahmeeinrichtung.

Die Nachfrage von Herrn Buschmann beantwortet Beigeordneter Herr Nürnberger dahingehend, dass finanzielle Auswirkungen aufgrund der gesunkenen Zuweisungszahlen noch nicht ermittelt worden seien. Die Verwaltung werde prüfen, in wieweit sich Veränderungen bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz darstellen lassen.

-.-.-

Zu Punkt 6

Zusätzlicher Einsatz von Schulsozialarbeit in Schulen mit Internationalen Klassen (Auffang- und Vorbereitungsklassen gem. Rd. Erl. des MSW vom 21.12.2009 , BASS 13-63 Nr. 3)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2970/2014-2020

Herr Müller verweist auf die Vorlage und macht deutlich, dass durch die Flüchtlingszuwanderung immer Bewegung in den Planungen der erforderlichen Schulsozialarbeit sei. Die Zielgruppe seien die berufsschulpflichtigen Flüchtlinge, die vermehrt als unbegleitete Flüchtlinge außerhalb der regulierten Zuweisungswege nach Bielefeld kommen würden. Aufgrund einer nicht unerheblichen Warteliste mussten zum 02.05.2016 bereits 5 von den geplanten 12 Internationalen Klassen (IK) in den Berufskollegs eingerichtet werden.

Darüber hinaus informiert er über eine Forderung des Integrationsrates, der bei der Schulsozialarbeit in den IKs mehr oder ausschließlich qualifizierte Flüchtlinge eingesetzt sehen wolle. Dieser Forderung könne aufgrund des allg. Gleichbehandlungsgrundsatzes nicht nachgekommen werden.

Frau Adilovic stellt klar, dass der Integrationsrat ständig die interkulturelle Öffnung der Verwaltung fordere. Sie hätten deshalb Herrn Müller gegenüber deutlich gemacht, dass sie sich bei den Planungen die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund gewünscht hätten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur sozialpädagogischen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern

in zusätzlichen Internationalen Klassen der allgemeinen Schulen und der Berufskollegs zu veranlassen und den Mehraufwand im Jahr 2016 zu gegebener Zeit mit einem Deckungsvorschlag zur Nachbewilligung vorzulegen.

Es gilt unverändert ein Personalschlüssel von 0,2 Stelle je Internationale Klasse. Die Verträge mit Dritten sind analog zu den bisher geschlossenen Verträgen auf drei Jahre zu befristen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

2. Änderungssatzung der Satzung des Psychiatriebeirates der Stadt Bielefeld vom 27.06.1996

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2948/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der SGA empfiehlt dem Rat, die 2. Änderungssatzung der Satzung des Psychiatriebeirates der Stadt Bielefeld vom 27.6.1996, in der Neufassung der Satzung vom 28.06.2001, gemäß Anlage 1 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)